FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

RESOLUTION Winterklausur 2026

Zukunft der bayerischen Hebammen sichern –

Faire Bedingungen für die Beleghebammen

Hebammen begleiten den Beginn des Lebens – von der Familienplanung über Schwangerschaft und Geburt bis in die frühe Elternzeit. Ihre Fachexpertise sichert einen gesunden Start ins Leben und damit auch gesellschaftliche Stabilität. Hebammenarbeit ist systemrelevant – ihre verantwortungsvolle Ausübung und eine hohe Qualität in der Betreuung und Versorgung kann aber nur gelingen, wenn es angemessene Rahmenbedingungen gibt. In Bayern prägt traditionell das System der freiberuflichen Beleghebammen die Geburtshilfe. Beleghebammen sind freiberufliche Hebammen, die in Kliniken die Geburtshilfe sicherstellen. Sie sind nicht an starre arbeitsrechtliche Vorgaben gebunden und müssen ihren Arbeitsalltag flexibel den Anforderungen im Kreißsaal anpassen. So können sie Frauen während der Geburt bedarfsgerecht begleiten und die ambulante Versorgung gut mit der klinischen Geburtshilfe verknüpfen. Dieses Erfolgsmodell ist aber in seiner Existenz bedroht. Ein Schiedsspruch der auf Bundesebene eingesetzten Schiedsstelle hat im April 2025 die Neuregelung des Hebammenhilfevertrags festgelegt. Seit November 2025 gilt zwar eine Erhöhung der Stundensätze auf ca. 74,28 € für angestellte Hebammen. Doch Beleghebammen werden deutlich schlechter gestellt.

Eine statistische Auswertung des Deutschen Hebammenverbandes zeigt, dass die Rate an Geburten in der 1:1-Betreuung[1] um 15 Prozent gestiegen und gleichzeitig der

[1] Eine 1:1-Betreuung durch Hebammen bedeutet, dass eine Hebamme eine Gebärende während der aktiven Phasen der Geburt kontinuierlich begleitet.

Hinweis: Dieses Papier darf nicht für Parteizwecke verwendet werden!

Umsatz pro Geburt für Beleghebammen im Ein-Monats-Vergleich (Oktober zu November 2025) um 20 Prozent gesunken ist. In Bezug auf den Vergleichszeitraum zwischen April 2023 und September 2025 ist der Umsatz im November 2025 sogar um 24 Prozent eingebrochen. **Deshalb ist es von großer Bedeutung, dass der aktuelle Hebammenhilfevertrag evaluiert wird**. **Die Auswertung hat gezeigt, dass bereits 13 Belegteams ihre Beleghebammentätigkeit aufgegeben oder bis spätestens 31.03.2026 gekündigt haben**.

Die Bundesministerien, die für Gesundheit und Familie zuständig sind (BMG, BMFSFJ, BMEL, BMBF) sollten zur besseren Prozessumsetzung dieser Aufgaben mit den **Ländern, Krankenkassen und Hebammenverbänden zu einem Runden Tisch zusammenkommen. Ziel und Grundgedanke einer angemessenen Geburtshilfe muss es sein, dass Mütter, Kinder und Familien gestärkt in die Elternschaft hineingehen.**

Wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion stehen fest an der Seite der Hebammen und bekräftigen somit unsere bisherigen Forderungen. Wir haben das Thema bereits lange im Blick und schon mehrere Dringlichkeitsanträge eingebracht (siehe Drs. 19/8510 und Drs. 19/6790), welche die Stärkung und den Erhalt des Beleghebammensystems gefordert haben. Bayern unterstützt seine Hebammen seit Jahren mit einem Hebammenbonus von bis zu 1.000 Euro jährlich sowie einer Niederlassungsprämie in Höhe von 5.000 Euro. Jedoch können diese Maßnahmen die Verantwortung des Bundes nicht ersetzen. Für die wohnortnahe Geburtshilfe in Bayern müssen für die Beleghebammen eine gerechte Zahlung und faire Rahmenbedingungen sichergestellt werden.

<u>Somit legen wir nochmals den Fokus auf unsere Forderungen</u>:

- Faire Vergütung – basierend auf der Forderung des Deutschen Hebammenverbandes und Korrektur des Schiedsspruchs sowie der Vergütungsrichtlinien durch die verantwortlichen Vertragspartner auf Bundesebene.

- Evaluation des aktuellen Hebammen-Hilfevertrags.

Hinweis: Dieses Papier darf nicht für Parteizwecke verwendet werden!

- Beteiligung der Länder an den Vergütungsverhandlungen, um regionale Unterschiede und Bedarfe besser zu berücksichtigen.
- Ein Bundesprogramm zur Sicherung freiberuflicher Hebammen, insbesondere im ländlichen Raum.
- Einen Runden Tisch von Bund, Ländern, Krankenkassen und Hebammenverbänden zur kurzfristigen Sondierung tragfähiger Lösungen.
- Von den Krankenkassen erwarten wir als FREIE WÄHLER-Fraktion eine aktive Mitwirkung an fairen Vergütungsverhandlungen.

Hinweis: Dieses Papier darf nicht für Parteizwecke verwendet werden!